

// PRESSEINFORMATION //

GEW zur Schließung von Schulen und Kitas – notwendiger Schritt

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz begrüßt die beschlossenen Maßnahmen der Landesregierung zur Eindämmung des Coronavirus. „Wir stehen hinter der Entscheidung die Kindertageseinrichtungen und Schulen im Land zu schließen. Damit wird auch die Gesundheit der Bildungsbeschäftigten geschützt. Viele Dinge sind jetzt zu regeln und wir wissen, dass dies Geduld und Flexibilität braucht“, sagte GEW-Landesvorsitzender Klaus-Peter Hammer. „Die Umstände erfordern deutliche Maßnahmen. Die aktuelle Situation stellt eine Herausforderung für Kinder und Jugendliche, deren Eltern, Lehrkräfte an allen Schularten und Beschäftigte in Kindertageseinrichtungen dar.“

Die GEW appelliert an alle Betroffenen, sich mit Ruhe und Besonnenheit der derzeitigen Situation zu stellen. Die rasante Verbreitung des Coronavirus stellt Politik und Gesellschaft täglich vor neue Herausforderungen und zwingt uns alle, nach bisher unbekanntem Lösungen zu suchen.

Besondere Verantwortung tragen derzeit die in der Leitung verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen. Sie brauchen einen deutlichen Rückhalt und klare Vorgaben durch die Administration, aber auch Rückgestärkung seitens der Eltern. Wir appellieren an alle Erziehungsberechtigten genau abzuwägen, ob sie ein Betreuungsangebot in Anspruch nehmen müssen oder nicht. Die Kindertagesstätten und Schulen können nicht allen Wünschen nachkommen. Dafür muss Verständnis gezeigt werden. Solidarisches Handeln ist für die Kolleginnen und Kollegen im Bildungsbereich sehr wichtig, zumal auch sie in ihrer Arbeit gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind.

Die GEW begrüßt ausdrücklich, dass das Bildungsministerium am Freitag die entsprechenden Informationen zum Umgang mit dem Coronavirus entwickelt und veröffentlicht hat. Uns allen muss aber auch bewusst sein, dass diese stets angepasst und weiterentwickelt werden müssen. Die GEW fordert daher den klaren und schnellen Dialog mit den Betroffenen.

Die GEW unterstützt mit Nachdruck, dass Pädagog*innen und alle anderen Beschäftigten, die zu einer Risikogruppe gehören, auf keinen Fall zu Betreuungsarbeit in den jetzt einzurichtenden Notfallbetreuungen herangezogen, sondern allenfalls zu häuslicher Arbeit verpflichtet werden. Die Einrichtungen sollten dabei so unterstützt werden, dass Irritationen bei Beschäftigten und Führungskräften und ggf. unterschiedliche Handhabungen vermieden werden.

/-2-

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter: <http://www.gew-rlp.de>

Die Doppelbelastung als Arbeitskraft und Elternteil trifft vor allem viele Frauen. Hier steht die GEW hinter den Kolleginnen, wenn nach dem Ende der Schließungen Probleme bei der Anrechnung von Betreuungszeiten entstehen sollten. Wir fordern bundesweite Regelungen, die es den Betroffenen ermöglichen, zu Hause zu bleiben, ohne die Gefahr erheblicher finanzieller Verluste.

Die Lehrkräfte werden versuchen, soweit es ihnen möglich ist, die Schülerinnen und Schüler mit Lerninhalten zu versorgen. „Jedoch wird dies nicht überall umsetzbar sein, da die technischen Voraussetzungen nicht immer gegeben sind. Wir bitten die Eltern entsprechend um Verständnis“, mahnte der GEW-Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer.

Für die GEW ist es wichtig, dass bei allen Maßnahmen stets der Gesundheitsschutz für die Beschäftigten im Vordergrund stehen muss. Es bedarf großzügiger Regelungen, die es Lehrkräften und Beschäftigten von Kindertageseinrichtungen ermöglicht, von zu Hause aus zu arbeiten. Deshalb sollten Wege gefunden werden, die Betreuungsangebote auf das notwendige Maß zu beschränken. Auch müssen die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen an jeder Schule und jeder Kindertageseinrichtung beachtet werden, um die Beschäftigten zu schützen. Mit den Örtlichen Personalräten sollen entsprechende Lösungen vereinbart werden.

Zur Entlastung der Kindertageseinrichtungen und Schulen fordert die Gewerkschaft die Arbeitgeber auf, bei der Gewährung von Betreuungszeiten für Kinder und Jugendliche großzügig zu sein und das Arbeiten in Homeoffice zu ermöglichen.

„Wir werden uns sicher noch über die Osterferien hinaus mit besonderen Gefährdungssituationen auseinandersetzen müssen“, so Hammer abschließend. „Wir fordern in diesem Zusammenhang zu solidarischem und besonnenem Handeln auf.“

Mainz, den 16.03.2020